



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 23. Juli 1887.

Nr. 337.

Deutschland.

Berlin, 22. Juli. Der Kaiser hat in Gastein auch gestern Nachmittag wieder bei bestem Wohlsein eine Ausfahrt in die Umgegend gemacht. Am Abend begab sich der Kaiser nach 8 1/2 Uhr zur Gräfin Ledeborff, welche zu Ehren des Monarchen eine Soiree veranstaltet hatte. Heute Vormittag 10 Uhr machte der Kaiser eine Ausfahrt auf dem Wege nach Bäckstein.

Der Kronprinz ist am Dienstag Nachmittag kurz vor 2 Uhr mit der Königin von England, dem Großherzog von Hessen und anderen Verwandten der englischen Königsfamilie in Osborne auf der Insel Wight angekommen. Bei der Landung in Cowes, in dessen Nähe Osborne liegt, wurde der Kronprinz von der Kronprinzessin und den drei Prinzessinnen - Töchtern Viktoria, Sophie und Margarethe begrüßt. Die gesammte kronprinzliche Familie begab sich sodann an Bord der Yacht „Victoria und Albert“, auf welcher die Kronprinzessin mit ihren Töchtern bereits mehrere Tage verweilt hatte.

Die Frau Prinzessin Friedrich Karl von Preußen hat sich heute von hier mit ihrem Hofstaate nach Jagdschloß Glienicke bei Potsdam begeben, um daselbst wie alljährlich bis zum Herbst Aufenthalt zu nehmen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute das Gesetz betreffend die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten Elsaß-Lothringens.

Die „Leipz. Ztg.“, ein amtliches Blatt der sächsischen Regierung, will aus Berlin „von durchaus zuverlässiger Seite“ die Mitteilung erhalten haben, daß Dr. Karl Peters, der Leiter der deutschen Expedition in Ostafrika und General-Bevollmächtigter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, auf Veranlassung des auswärtigen Amtes in Berlin aus Ostafrika zurückberufen werden soll. Anderweitig scheint davon noch nichts bekannt zu sein.

Ueber das Honorar des Dr. Madenzie sind bekanntlich verschiedene Mitteilungen gegeben. Nach den Einen soll dasselbe 54,000 Mark, nach den Andern nur 21,000 Mark betragen haben. Beide Nachrichten geben jedoch die Höhe der Summe zu gering an, denn die amtlichen Hofnachrichten erteilen in dieser Angelegenheit heute folgende Auskunft:

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch hiesige und auch auswärtige Blätter, daß Professor Madenzie für die Behandlung unseres Kronprinzen ca. 54,000 Mark liquidirt habe, woran denn auch hier und auswärts die bez. Bemerkungen geknüpft worden sind. Wie wir jetzt ganz sicher erfahren, bezieht diese Summe von 54,000 Mark sich jedoch nur auf die beiden Reisen des englischen Arztes von England und hierher zurück. Das Honorar ist jedoch hierbei keineswegs inbegriffen, sondern dem Ermessen der höchsten Herrschaften überlassen.

Auf dem Opernplatze, zwischen dem kaiserlichen Palais und dem königlichen Opernhause, fand heute auf einem Postament von schönem schlesischen Marmor die Metallvase aufgestellt, welche die Kaiserin ihrem erlauchten kaiserlichen Gemahl anlässlich der Vollendung seines 90. Lebensjahres zum Geschenk gemacht hat. Das Postament trägt die Inschrift: „Zur Erinnerung an den 22. März 1887“, während auf dem Fuß der Vase die Zahl XC angebracht ist. Die Gesamthöhe beträgt etwa 2,85 Meter. Das Postament hat eine Höhe von 1 1/2 Metern und die Vase ist 1 1/2 Meter hoch. Wie verlautet, ist die Aufstellung dieser Vase auf dem Opernplatze auf Wunsch der Kaiserin erfolgt. Dem Kaiser ist dieselbe von seinen Gemählern im königlichen Palais aus vortrefflich sichtbar.

Die Bulgaren haben jede Hoffnung auf den Prinzen Ferdinand von Koburg aufgegeben. Diejenigen Mitglieder der Deputation, welche nach anfänglicher Verabredung in Wien bleiben sollten, um nach Ablauf der vierzehntägigen Bedenkzeit die Entscheidung des Prinzen entgegenzunehmen, haben, wie das „N. W. Tgl.“ berichtet, von der Regentschaft in Sofia die Aufforderung erhalten, nach Bulgarien zurückzukehren. Die Regentschaft kann diese Entscheidung nur getroffen haben auf Grund der Berichte der Deputirten über die Vergeblichkeit ihres längeren Verweilens. Demselben Blatt sind über die Dinge, die sich

nun in Bulgarien vorbereiten, folgende Mitteilungen zugegangen:

„Man macht der Regentschaft zum Vorwurfe, daß sie sich über die Persönlichkeit und die Absichten des Prinzen nicht vor der Wahl ausreichend unterrichtet habe; insbesondere richtet sich diese Anklage gegen den Justizminister Stotlow, der sich vor der Wahl des Koburgers längere Zeit in Wien aufhielt. Man findet auch, daß die Entsendung einer aus 14 Mitgliedern bestehenden Deputation nach Wien bezw. Ebenthal, angesichts der finanziellen Verhältnisse des Landes, ein luxuriöses Unternehmen gewesen sei, um so mehr, als für jeden der Deputirten ein Reisetageld von 60 Franks ausgesetzt war. Die öffentliche Meinung in Sofia wendet sich auch gegen den Prinzen von Koburg vorzugsweise aus dem Grunde, weil man Beweise dafür haben will, daß der Prinz noch vor der vollzogenen Wahl sich mit dem Hofe in Petersburg in's Einvernehmen setzte, um die Ernennung eines russenfreundlichen Ministeriums, die Berufung des Kriegsministers auf den Vorschlag des Zaren und andere weitgehende Konzessionen als Preis für seine Anerkennung zu versprechen. Die Popularität der Regentschaft soll in Folge dieser nicht geglätteten Fürstenwahl stark gesunken sein.“

In einem nach Wien gerichteten Briefe eines hervorragenden Bulgaren wird die Lage wie folgt dargestellt:

„Die Verlobung hat nicht zur Ehe geführt — nun bleibt uns nur noch das Lösungswort: „Bulgaria iura da se.“ Man erwartet den baldigen Rücktritt des Cabinets Stotlow, dessen Aufgabe es gewesen wäre, den Prinzen von Koburg in Bulgarien einzuführen, und Radostawow und Nikolajew, die beiden Führer der Battenberg-Partei, gelten wieder als die Männer der Situation. Es behauptet sich das Gerücht, daß Major Popow kurz vor der Wahlung der Sobranje aus Darmstadt die Mitteilung mitgebracht habe, Fürst Alexander Battenberg werde, wenn nicht andere Verhältnisse geschaffen werden, nicht nach Bulgarien zurückkehren, und dies deutet man in Sofia als Aufforderung an die Sobranje, diese anderen Verhältnisse zu schaffen, die ihm die Rückkehr ermöglichen sollen.“

Wie der „Pol. Korr.“ aus Petersburg gemeldet wird, ist der Zustand Raikows ein hoffnungsloser.

Das italienische Handelsministerium wartet vor einer großen Schwindler-Gesellschaft, welche ihren Hauptsitz in Kairo und Alexandria hat. Dieselbe richtet an Handelshäuser und Kaufleute aller Herren Länder Briefe und kauft gegen mehrmonatige Tratten Waaren, welche dann unbezahlt bleiben. Zahllose Kaufleute seien schon betrogen worden, und es könne daher im Verkehr mit Egypten nur die größte Vorsicht empfohlen werden.

Das englische Unterhaus beschloß gestern, zur Einzelberatung der irischen Landbill überzugehen. Bei Beratung des betreffenden Antrages erteilte der Generalsekretär für Irland, Balfour, die Zusicherung, daß er während der Parlamentsferien eine Untersuchung betreffs der auf dem irischen Grundbesitze haftenden Hypotheken und Familienlasten anordnen werde. Im weiteren Laufe der Debatte brachte Balfour die in der Versammlung der Konservativen am 19. v. M. angekündigten Amendements ein, unter Anderem die zeitweilige Ermäßigung der Pachtzinsen während der nächsten drei Jahre. Das Haus beschloß, die Einzel-Beratung auf Montag anzuberaumen.

Die von dem „Reuter'schen Bureau“ verbreitete Nachricht vom Tode Henry Stanley's ist bis jetzt unbekannt geblieben. Aus London wird darüber in einem Telegramm gemeldet:

Der Meldung vom Tode Stanley's wird in maßgebenden Kreisen kein Glauben beigemessen. In Beantwortung einer an den König von Belgien gerichteten telegraphischen Anfrage ließ derselbe durch General Strauch telegraphiren: „Wir haben keine schlechten Nachrichten von Stanley's Expedition. Stanley verließ Kronhouim am 3. Juni, um sich nach Babelai zu begeben.“

In der gestern in Straßburg vollzogenen Reichstagswahl ist Rechtsanwalt Petri gewählt worden. Die Wahl am 21. Februar l. J. hatte für Rablé 8262 Stimmen, für Petri

6698 ergeben. Diesmal hatte die Protestpartei bekanntlich keinen Kandidaten aufgestellt und denen, welche eine Demonstration für unumgänglich hielten, empfahlen, weiße Zettel abzugeben. 2936 Wähler sind letzterem Rathe gefolgt; es sind das offenbar die Kerntuppen der Protestpartei. Von denjenigen, die sich diesmal der Wahl enthielten, hatte sicher ein großer Theil früher für Rablé aus persönlichen und lokalen Gründen gestimmt. Wenn das Wahlkomitee der Protestler den Rath der Wahlenthaltung mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Reichsland zu rechtfertigen unternahm, so war dies allerdings einfach lächerlich. Diejenigen, die Frankreich in einen Krieg treiben wollen, damit Straßburg wieder der Sitz eines von Paris dorthin geschickten Präfecten werde, sollten doch wenigstens den persönlichen Muth haben, einen weißen Zettel in eine Urne zu legen. Daß ihnen dieser Muth entfiel, als die deutsche Verwaltung nach jahrelanger Geduld einmal ungeduldig mit dem Fuße auftrat, ist für diese Gesellschaft charakteristisch. Gerade so charakteristisch wie das Verhalten jenes Fabrikanten Blech, der öffentlich dem Kaiser Treue schwur und heimlich dem französischen Patriotenbund beitrug.

Neben diesem Vorgang ist bemerkenswert, daß die Zahl der im Gegensatz gegen die Protestler abgegebenen Stimmen diesmal größer war als im Februar. Damals hatte Petri als einziger Kandidat es auf 6698 gebracht, während er diesmal 6474, Graf Moltke 1163 Stimmen erhielt, was zusammen 7637 Stimmen ausmacht. Es sind das also ungefähr 1000 antiprotesterische Stimmen mehr.

Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, bemerkt die „Nat.-Ztg.“, ob es nicht möglich gewesen wäre, durch ein Zusammengehen der Altdeutschen die Mehrheit auf den Grafen v. Moltke zu vereinigen. Nicht ganz 3000 Stimmen mehr hätten dazu genügt, welche den Altdeutschen in Straßburg aufzubringen nicht schwer fallen konnte. Die Mehrzahl der Altdeutschen aber hatte sich für eine Politik der Versöhnung und des Entgegenkommens gegen die nichtprotestlerischen Elsässer entschieden denen der Sieg in dieser Weise seitens der Deutschen wie der Französlinge entgegengebracht wurde. Wie vorsichtig man nun auch sein mag, um jeden Optimismus in elsass-lothringischen Angelegenheiten fernzuhalten, so behalten doch vollzogene Ereignisse ihre eigene Sprache. Und daß auf dem Platz Rablé's, des ausgesprochenen Reichsfeindes, jetzt Petri sitzt, der ausdrücklich sich auf den Boden des Reiches gestellt hat, das wird in Paris wie in Berlin seinen Eindruck nicht verfehlen.

Russland.

Wien, 18. Juli. Die Adresse an den Abt Karl von Mell bleibt in der innern Politik die bemerkenswertheste Thatsache. Selten wurde ein Kirchenfürst in Oesterreich so gefeiert wie der brave deutsche Abt des Benediktinerstiftes auf hohem Donaufelsen. Unter den zahlreichen Cardinälen, Bischöfen, Prälaten des Herrenhauses war er der einzige Priester, dessen Unabhängigkeit und Ueberzeugung ihn bewegen, laut für die deutsche Staatsprache zu stimmen, während die Bischöfe mit den urdeutschen Namen Ganglbauer, Schönborn, Baner, Müller, Zwerger u. s. w. sich sämmtlich ausnahmslos ohne den geringsten kirchlichen Grund gegen ihre Volksgenossen erklärten. Nahezu ein tausend fünfhundert deutsche Stadt- und Landgemeinden dankten ihm dafür durch besondere Beschlüsse, mit denen sie sich einer Huldigungsadresse der Gemeinde Mell angeschlossen.

Zwischen den Polen und Czechen hat sich wieder ein eigenthümlicher Streit über die Frage der Bündnisse erhoben. Der jugoslawische Abgeordnete Trojan trat dieser Tage begeistert für den Bund mit Rußland ein und Aiegers altczechische Preßgarde rief „Bravo!“ Darob ist man in polnischen Kreisen verstimmt und die Lemberger „Resorma“ führt in bitteren Worten Klage über die Zunahme der russischen Sympathien unter den Czechen. Die föderalistische Mehrheit des Reichsraths bietet überhaupt eine wunderlich bunte Musterkarte für auswärtige Politik. Die Czechen wollen die Krute, die Polen empfehlen — wie Otto Hausner ausführte — ein Bündniß mit Frankreich und England und

die Ultramontanen sehnen sich sehr nach einem Kreuzzug gegen Italien zu Gunsten des Kirchenstaats.

Paris, 20. Juli. In seiner gestrigen Versammlung beschloß der „Bund von 1889“, daß jedes Mitglied einen einmüthigen Beitrag von 20 Franks und einen Monatsbeitrag von 50 Cent. zu bezahlen habe. Hierauf wurde ein Centralauschuß ernannt; derselbe besteht aus 15 Abgeordneten, darunter Clemenceau, Pochon, Achard, Barodet, Camelinat, A. de la Forge, Tony Revillon, Mabier de Montjan, Joes Guyot; fünf Senatoren, fünf Gemeinderäthen und zehn Journalisten, darunter Camille Pelletan („Justice“), Eug. Meyer („Lanterne“), Menier („Kappel“), Rochefort („Intransigeant“), Lalou („France“), Camille Dreyfus („Nation“), Simon („Radical“).

Paris, 20. Juli. Wenn der Nordversuch des deutschen Bäckers Zangerle sich nicht gerade in Bagny ereignet und gegen den Nachfolger des berühmten Schnäbele gerichtet hätte, so wäre es kaum der Mühe werth, ein Wort darüber zu verlieren. Verbredchen werden überall und von den Angehörigen aller Nationen unter- und gegeneinander begangen, ohne daß sie weitere Folgen hätten, als daß die Schuldigen nach den Landesgesetzen bestraft werden. Damit ist es unter gewöhnlichen Verhältnissen abgethan, aber hier in Frankreich leben wir eben nicht unter solchen, und der Haß, mit dem man uns hier beehrt, hat es soweit gebracht, daß man sich oft nicht scheut, Deutschland und die Deutschen für ein Verbredchen verantwortlich zu machen, das ein einzelner Angehöriger dieser Nation begangen hat. Nun richtete sich das Verbredchen noch dazu gegen den Nachfolger des großen Schnäbele, also auch einen großen Mann, außerdem aber hat es, wenn anders die französischen Berichte zuverlässig sind, einen politischen Belagschmack, denn man sagt, Zangerle habe den Nordversuch gemacht, um sich für eine frühere Ausweisung aus Paris zu rächen. Heißt es doch sogar, daß er in Paris versucht habe, beim Minister des Innern Zutritt zu erlangen, um diesen zu ermorden. Vor allen Dingen liegt es wohl auf der Hand, daß ein Mensch, der sich für eine staatlich gegen ihn verhängte Maßregel an einem einzelnen, daran ganz unschuldigen Beamten zu rächen sucht, entweder gänzlich verrückt sein oder eine unendlich niedrige Urtheilskraft besitzen muß. Endlich ist noch der Fall möglich, daß man es mit einem in Rohheit verkommenen Menschen zu thun hat. In allen diesen Fällen ist es wohl ganz selbstverständlich, daß wir Deutsche uns um ihn nicht zu kümmern haben. Es wäre sehr zu wünschen, daß die französische Presse sich auch auf diesen ungemein einfachen und unansehbaren Standpunkt stellte, und bisher kann man in der That nur feststellen, daß sie die Sache in verknüpfem Lichte betrachtet. Wenn selbst ein Hehlblatt wie die „France“ erklärt, die Sache sei einfach Sache der gewöhnlichen Gerichte und habe sonst keine Bedeutung, so darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß auch der Rest der Presse nicht über diese Auffassung hinausgehen wird.

London, 20. Juli. Die Flottenrevue, welche zur Nachfeier des Regierungsjubiläums der Königin vorbereitet wird, kündigt sich in recht unangenehmer Weise durch einige Zusammenstöße von Schiffen an. Der erste ereignete sich am Montag zwischen den englischen Panzerschiffen „Devastation“ und „Ajar“.

Unter dem Befehl des Kommandeurs des Reservegeschwaders, Vize-Admirals Baird, segelten die Schiffe des Geschwaders am Montag Morgen 9 Uhr in Divisionen von Portland nach Spithead. Die „Devastation“ hatte etwas zu lange Zeit gebraucht, die Anker zu lichten, und suchte ihren Platz als erstes Schiff der zweiten Linie wieder zu gewinnen. Der Befehlshaber der „Devastation“, Kapitän Lurmoore, wollte um den Bug des „Ajar“, welcher voraus war, fahren, als die Fluth den „Ajar“ herumdrehte. Die „Devastation“ drehte das Steuer über, was zur Folge hatte, daß sie den „Ajar“ am Bug traf. Die „Devastation“ bekam ein großes Loch unterhalb der Panzerung, so daß sich eines der Kompartements mit Wasser füllte. Der „Ajar“ erhielt zwei Löcher im Bug. Beide Schiffe konnten dennoch die Fahrt nach Spithead fortsetzen, wo

